

Die "Volksmacht"  
erscheint täglich Nachmittag außer  
Sonntag und ist durch die  
Gebühren, Neue Graupen. 5/6,  
durch die Post und  
durch Telegraphen zu bezahlen.  
Preis vierter Klasse M. 2.50,  
pro Woche 20 Pf.  
Postzeitungsliste Nr. 2789.

Telephone  
Nr. 451.

# Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktägige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Inserationsgebühr  
beträgt für die einfache  
Werbeanzeige oder deren Raum  
20 Pfennige, für Vereins- und  
Versammlungs-Anzeigen  
10 Pfennige.  
Anträge für die nächste Nummer  
müssen bis Sonnabend 10 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

Telephone  
Nr. 451.

Nr. 93.

Freitag, den 21. April 1899.

10. Jahrgang.

## Politische Übersicht.

### Zum Reichstage.

Die Arbeiten des Reichstages sind noch so zahlreich, daß an eine Erledigung derselben vor Pfingsten nicht entfernt gedacht werden kann. Soeben haben die drei Postgesetze — Poststellen, Fernsprechgebühren und Telegraphenwegegesetze — die erste Lesung überstanden, und ehe sie aus der Kommission wieder ans Plenum zur zweiten und dritten Lesung gelangen, werden Wochen vergehen, ohne daß behauptet werden kann, diese Gesetze würden dann rasch und sicher durch das zweite und dritte Fegefeuer laufen. Ferner sind noch unerledigt das Gesetz über Schlachtwieh- und Fleischbeschaffung, die Novelle zur Gewerbe-Ordnung, das Gesetz über das Flaggengesetz der Stauffahrtsroute, das seit in einer Kommission zurechtgestellt wird, die Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Strafprozeßordnung und des Strafgesetzbuchs, die nun aus der Kommission zur zweiten Bevollmächtigung ans Plenum gelangen werden, ein weiteres Gesetz über Änderungen der Zivilprozeßordnung, der Entwurf über das neue Bankgesetz, die Ergänzungen zum Invalidenversicherungsgesetz, die mindestens noch zwei bis drei Wochen die Kommission beschäftigen werden, ein Gesetz über die gemeinsame Rechte der Besitzer von Schulverschreibungen, der Entwurf eines Hypothekengesetzes und ein weiteres Gesetz betreffend Änderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs, die sogenannte Lex Heinze.

Sie schon diese Speisekarte eine reichhaltige, daß der nicht allzuschnell verdauliche Magen des Reichstags gut und gern zwei Monate braucht, um sie aufzuzehren, so liegen außerdem noch nicht weniger als 44 Initiativansprüche der einzelnen Parteien vor, die teilweise gleichfalls umfassende Gesetzesvorschläge enthalten. Die Sozialdemokratie ist dabei mit sieben Anträgen beteiligt. Sie verlangt den Erlass eines Reichsberggesetzes, die Errichtung von Betriebs-Rücksichtbehörden, die Aufhebung des Paragraphen über Weisheitsbekleidungen, die Sicherung der Immunität der Abgeordneten, die Aufhebung des Diktaturparagraphen für die Reichslande, den Erlass eines Reichsvereinsgesetzes, die Einführung eines Normalarbeitsstages.

Von den anderen Parteien verlangt das Zentrum u. A. mehrere Änderungen des Strafgesetzes, die Errichtung von Arbeitersammeln und ein Gesetz über eingetragene Betriebsvereine. Die Freisinnigen wollen die Thronfolge in den Bundesstaaten, die Familien-Fideikomisse und die Arbeitsnachweise geregelt wissen; außerdem beantragen auch sie mehrere Änderungen des Strafgesetzes. Seitens der Nationalliberalen liegen acht Anträge vor, darunter einer über Verlust und Erwerbung der Reichsangehörigkeit. Die Reformpartei verlangt die Erweiterung des Wahlrechts zur Wahlpflicht, ein Gesetz gegen die Einwanderung ausländischer Juden und gelegliche Bestimmungen über das Betreiben von Schlachthöfen.

Angesichts der Menge des noch zu bewältigenden Arbeitsstoffes liegt die Frage nahe, ob der Reichstag zu Pfingsten geschlossen, oder nur, damit die schon begonnenen, aber nicht erledigten Arbeiten nicht vergeblich waren, bis zum Herbst vertagt werden soll. Als am Freitag in der

Invaliden-Kommission an Herrn v. Posadowsky die Frage gerichtet wurde, ob die Regierung bereits der Frage einer Vertagung bis zum Herbst näher getreten sei, verneinte der Staatssekretär diese Frage und rietz „dringend“, die Berathungen so zu beschleunigen, daß das Gesetz noch bis Pfingsten verabschiedet werden könne. Das wird natürlich nicht auf Kosten der Klarheit und Güte des Gesetzes geschehen. Und die Geschäftsortordnung gibt der Opposition Mittel genug an die Hand, eine etwaige gewaltsame Durchsetzung der Gesetze zu verhindern. Die Regierung ist selbst daran schuld, wenn das Parlament auch beim besten Willen nicht alle ihm vorgelegten Gesetze erledigen kann. Erst berief sie den Reichstag zu einem ungewöhnlich späten Termine ein, und dann überschüttete sie ihn mit umfassenden Vorlagen aller Art. Bei der Diätealosigkeit des Reichstags ist es nun unmöglich, die Reichsbüroten in beschlußfähiger Anzahl bis nach Pfingsten zusammen zu halten; waren doch schon am Sonnabend mehrmals keine zwei Dutzend Abgeordnete im Sitzungssaale. Sobald ein Gesetz auf Kosten der Gründlichkeit durch die zweite und dritte Lesung gepeitscht werden sollte, bedürfte es nur der Anwendung der Beschlußfähigkeit, um den Versuch scheitern zu lassen.

Wenn es bei Regierung wirklich ernst ist mit den von ihr vorgelegten Gesetzen, so wird sie eine Vertagung bis zum Herbst eintreten lassen müssen. Aber freilich: ihre Militärvermehrung hat sie unter Dach und Fach, und alles Andere ist ihr mehr oder weniger Nebensache. So viel ist jedoch sicher: Wenn die offiziöse Preußemeute wieder ihr beliebtes Lamento über die Unfruchtbarkeit des Reichstags anstimmen sollte, so werden alle denkenden Wähler wissen, daß nicht der Reichstag daran die Schuld trägt sondern die Regierung, welche sich weigert, die gerechte Forderung auf Diätenzahlung zu erfüllen und welche den Reichstag später zusammengerufen hat, als üblich und im Interesse der Geschäfte dienlich war.

### Material zur Buchthausvorlage.

In einem amtlichen Berichte lesen wir:

Nach unserer Ansicht ist eine ehrliche gegenseitige Verständigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bei gut organisierten Arbeitern weit eher möglich, als mit den einzigen Arbeitern, und die Arbeitgeber sollten sich daran gewöhnen, in den Organisationen nicht ihre präzisen Segner zu erblicken, sondern diese eher fördern als bekämpfen.

An einer anderen Stelle wird die Organisation eine „zeitgemäße und gerechte Forderung der Arbeiter“ genannt, und das lebhafte Bedauern wird ausgesprochen, daß die Zahl der Unternehmer so gering sei, die dies einsähen.

Über die Gewerkschaften heißt es in demselben Berichte:

Sie erstreben die fortschreitende Verbesserung der Arbeiterverhältnisse besonders in Bezug auf Lohn und Arbeitszeit, sowie die Erhöhung von Gesundheit und Sittlichkeit, vor allem bei den weiblichen und jugendlichen Arbeitern, ferner die Förderung der Rechte und Interessen ihrer Mitglieder durch Aussklärung und Bildung, durch Unterstützung in Krankheits-, Invaliditäts- und Sterbesällen, bei Arbeitslosigkeit und in außerordentlichen Notfällen durch Gewährung von Rechtshilf und durch das Herbergswesen.

Im Allgemeinen verhalte sich die Großindustrie den Arbeitorganisationen gegenüber meist indifferent, einzelne hervorragende Unternehmer sympathisierten grundsätzlich mit ihnen, andere lehnten sie schroff ab. Die Abneigung gegen die gewerkschaftlichen Organisationen wird mit dem politischen Verhalten einzelner ihrer Mitglieder zu erklären versucht —

wohl mit Unrecht, denn in den meisten Fällen waren es immer nur wirtschaftliche und nicht politische Fragen, die das gegenseitige Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gestört hatten.“

Die Verbände halten sehr viel darauf, erfahrene und gesetzte Männer in ihrer Mitte zu haben, die auch bei der fernstehenden Arbeiterschaft Achtung und Ansehen genießen, weil bei irgend welchen Ereignissen, bei Lohnbewegungen etc., es im Interesse des Gelingens liegt, wenn die Bewegung durch erfahrene Leute, deren Urteil man auch anwerkt, vertraut entgegenbringt, getragen wird. . . . Die gesamte Industriearbeiterschaft, ohne Unterschied der Partei und der Konfession, ist von dem ernsten Streben durchdrungen, den Arbeitervstand geistig und littlich zu heben.

Graf Posadowsky, der Minister für „Sozialpolitik“, und die Scharfmacher von Bueck bis Stumm und die Granden Ostelsbiens mögen diesen Bericht mit Sorgfalt durchlesen. Er ist ihnen leicht zugänglich und stammt nicht etwa aus einem „widern“ Lande, sondern ist verfaßt von den königlich württembergischen Gewerbeinspektoren. Er ist der letzte Jahresbericht der württembergischen Fabrikinspektion.

### Die Sittlichkeit unter der lex Heinze.

In der „Rheinischen Zeitung“ lesen wir:

Eine Berliner Firma kündigt in den Blättern ihre „Patent-Sprungfeder-Matrizen“ an. Zur Verstärkung der Elastizität und der Halbarkeit des Artikels dient ein Bild, worauf man über der Matrize ein Seiltänzerpaar sieht. Er, im Tricot, läßt sich von dem Seil auf die Matrize fallen und wieder in die Hölle schnellen; sie, ebenfalls in Tricot, schreitet graziös auf dem Seil dahin und wird vielleicht im nächsten Augenblick ebenfalls herniedergeschlagen. Die Dame ist, wie das Seiltänzerinnen selbstverständlich, oben und unten nur spärlich gekleidet, man sieht die Beine in ganzer Länge, die nackten Arme und — schrecklich! — auch Hals und Busen. Das sind nun Alles menschliche, recht menschliche Dinge, und das harmlose Bildchen findet sich denn auch in den Zeitungen aller Meinungen und Richtungen. Nur in der katholischen „Kölner Volkszeitung“, wo Herr Julius Bachem das redaktionelle Szepter führt, finden wir das Bild verändert: An der Seiltänzerin ist die Taille züchtig bis unter den Hals hinaufgeschoben, und über die Oberarme fällt bis zu den Seiten ein saftiges Gewand, einem Untertrock vergleichbar. Schöner ist dadurch die Gestalt nicht geworden — aber die Sittlichkeit ist gerettet, und J. P. Bachem hat das Inseratengeld.

Nur bis zu den Knien — auf der ganzen Höhe der Heinze-Sittlichkeit steht auch Herr Bachem noch nicht. Ein Schleppkleid hätte das Mindeste sein sollen.

### Etwas reichsdeutsche „Sozialreform“.

Die Arbeitsszeit der Arbeiter in den Getreidemühlen soll endlich durch eine in den nächsten Tagen erscheinende Bundesrats-Berordnung geregelt werden. Danach ist fortan, wie einige Blätter zu berichten wissen, in Getreidemühlen den Gehilfen und Lehrlingen innerhalb vierundzwanzig Stunden eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens acht Stunden zu gewähren. Werden die Getreidemühlen ausschließlich oder vorwiegend mit Dampfkraft betrieben, so hat die ununterbrochene Ruhezeit mindestens zehn Stunden zu betragen. Für Getreidemühlen, die ausschließlich mit durch unregelmäßige Wasserkraft bewegten Triebwerken arbeiten und nicht mehr als einen Gehilfen beschäftigen, können durch die unteren Verwaltungsbehörden Ausnahmen

wie ich eben auch nicht angewachsen, und so nahm ich den Laufpass nach Bünden.“

„Und Du hast ihn jetzt in Chur wiedergefunden?“ fragt Flavian ungebürtig.

„Gesehen, Herr, und gesprochen! Er ist mit dem kaiserschen Druppen ins Land gekommen. Als mir ein Kriegsratschreiber gestern die Brille ins Engadin zu tragen gab, mußte ich, auf sein Geheiß, den Grafen im Wirthshause „Zum weißen Kreuz“ aussuchen und dessen Beschele erwarten. Ich machte große Augen. Holla, dachte ich, der sitzt wie die Katze, wo man sie nicht sucht. Als er mich sah, that er wieder wunderfreudlich, wedelte um mich her, erkundigte sich um dies und das, auch ob ich Euch kenne? Dann drückte er mit einem harten Thaler in die Hand, und einen Brief nach Samaden, und endlich gab er mir den Auftrag, zu forschen und ihm zu melden, wie lange Ihr noch in St. Moritz bleibet würdet. Ich solle Euch aber ja nichts merken lassen, denn er möchte Euch angenehm überraschen, sagte er. Dabei lächelte er so hämisch-süß, wie der Fuchs vor dem Hähnchenstalle. Holla, dachte ich, der trägt ein Schlemmäulchen im Sac. Aber, dachte ich, warst Du, es ist noch ein Kind zu tanzen. Alle Donner, Herr Hauptmann, macht Euch aus dem Staube. Mar geht mit bösen Dingen gegen Euch um. Gut, daß ich Euch schon hier, auf dem Bege, gefunden habe.“

„Ich bin mir keines Vergehens bewußt“, erwiderte Flavian.

„Herr, man geht der Otter aus dem Bege. Ihr seid, das weiß ich, ein so braver Vaterlandsman wie irgend einer zwischen Rhein und Welschland. Ich weiß es. Ihr habt aber böse Feinde.“

### Die Rose von Disentis.

Von Heinrich Büchle.

II;

„Ja, das ist ein Geschichtchen, Herr Hauptmann, das ich mit nicht gern wiedererzählen mag. Ich werde, beim Donner, immer wohl dabei, bis an die Strumpfsohlen. Selbst der Beichtvater weiß nicht darum. Aber Ihr seid seit jung, wißt wohl, Jugend hat keine Tugend, und wo kein Bart, ist kein Verstand. Sehet, als meine Zeit beim kaiserlichen Regiment in Breslau zu Ende war, nahm ich des Abschied. Die Rotportalschule salzt das Soldatenbrot doch zu stark. Ich nahm den Weg unter die Füße, um in's liebe Bündnerland heim zu ziehen; aber ein leerer Geldsack ist auf der Reise eine größere Bürde, als ein voller. So kam ich nicht weiter als bis Wien, oder vielmehr bis nach Hietzing, wo mir ein Bauer, dessen Rache ich wurde, Bohn und Brot gab. Dort habe ich mich gefunden, ohe, vielmehr, Gott führte mich zu Euch und Ihr erbarmtet Euch armes Landsmannes. Ihr wißt noch, wie Ihr mit den schönen Frauen am Arm mich im Lagenburger Lustgarten um den Gartner bestagtet, und gleich an der Sprache merket, wesh Landes ich sei? Und als ich, keinen gefunden Lappen am Leibe, Euch mein Leid klage, daß ich nicht heim könne, weil ich ohne Moses und die Propheten den Weg nicht finde.“

„Schon gut, Ulli! Davon ist jetzt nicht die Rede.“

„Hört mir, jetzt kommt's! . . . Ihr und Eure schönen Damen — wißt Ihr? — bescherten mich reichlich. Ihr versprachet mir Reisebüro und Ihr brachte es mir selbst nach Hietzing und Ihr bliebet, wegen der Treibhäuser und des botanischen Gartens, ein paar Tage dort und hieltest mich zeitfrei am Tische, im prächtigen Geschoße. Als Ihr nun fort wart, ging ich nach Wien, kaufte mir neue Kleider und machte allerlei Belauschkeiten. Und . . . nun aber führt

nicht! Wo ne Euch Gott, was Ihr an mir gehabt habt; und wenn ich's nicht wüßt war, danke ich Euch dennoch lebenslänglich. Ihr seid der brauste Herr, den ich unterm Himmel weiß. Aber Kleider machen Leute, und wer Geld hat, ist Meister; alle Welt ist sein guter Freund. Unter Euren hübschen blanken Thalern war leider kein einziger Gedächtnis. Ich wurde unverschämt wieder arm wie eine Kirchmaus, und mußte von Glück sagen, als mich das nette Räuberl beim Grafen, den Ihr kennt, im Dienst brachte.“

„Du bist ein lochter Geselle. Und welches Narrerl . . . wenn ich fragen darf?“

„Ei, seht Ihr, ein lustiges, lustiges Mädel, Herr Hauptmann! Es giebt deren nicht zwei in der Welt. Wahnsinn, das Narrerl würde die schönste Monstranz sein, wenn Heiliggeist drin wäre. Damals flatterte die Hexe im Hause des Grafen, als Stubenmädchen oder Haushälterin, oder Kammerlätzchen, oder so etwas umher, und war wohl noch mehr als so etwas. Aber unter uns gesagt, und nicht, daß ich groß thun will, sie hatte mich doch lieber als ihren Herrn mit seinem vertrüdeten, gelben Italienergesicht, das alle Lücke und Bosheit des Judas Ischarioth zur Schau trägt. Narrerl hat mir gottlose Streiche erzählt von dem Schleicher, die jeden andern ehrlichen Mann in's Buchthaus geführt hätten. Aber was ging's uns Beide an? Wir hatten in Küche und Keller die Hölle und die Hölle, wie im reichsten Kloster. Er zählte einen schönen Bohn; den besten jedes Mal für schlechte Streiche. Wir lebten also, wie gehagt, in Hetschheit und Freuden und machten uns gute Tage in des Teufels Quartier. Das dauerte nicht lange. Der Gros meinte, er habe mich schon am Röder, und machte mir Anträge, ich darf sie nicht nennen. Ich habe ihm schwören müssen, summ wie das Grab zu bleiben. Auch dem Teufel muß man Wort halten. Er jagte mich aus dem Dienst, gab mir aber Reisegold und ich mußte Wien auf der Stelle verlassen. Da Narrerls Leben

(Fortsetzung folgt.)

von der vorgeschriebenen Ruhezeit an höchstens 15 Tagen im Jahre zugelassen werden. Lehrlinge unter 16 Jahren dürfen in Getreidemühlen aller Art nicht in der Nachtzeit von halb 9 Uhr Abends bis halb 6 Uhr Morgens beschäftigt werden.

### Aus dem Berliner Stadtparlament.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung kam die Prüfung des Gesetzes im Potsdamer St. Josephs-Waisenhaus zur Besprechung. Es gab lebhafte Debatten, da durch den Stadtverordneten Singer auch die Kaiserin und Graf Metzsch, die sich, wie Stadtverordneter Singer mitteilte, für das Potsdamer St. Josephs-Waisenhaus verantwortlich haben, in die Debatten gezogen wurden. Es lagen drei Anträge vor, die theils den Magistrat um Auskunft ersuchten, theils die sofortige Entfernung der Kinder aus der Anstalt verlangten. Stadtrat Kämpf erklärte, die Waisenverwaltung habe beschlossen, 28 Mädchen seien am 15. d. aus der Anstalt herauszunehmen und derselben in Zukunft keine Kinder mehr zu überweisen. Die Verwaltung des Waisenhauses habe Absicht angelegt. Die Berliner Waisenverwaltung habe daraufhin die Bedingung gestellt, daß Schwestern entlassen werde und daß Rüchtigungen in Zukunft nur nach eingeholter Genehmigung und dann in gelinder Form vorgenommen werden dürfen. Es wurde schließlich ein Antrag, die Angelegenheit einem 15gliedrigen Ausschuss zur weiteren Belehrung zu überweisen, in unanständiger Abstimmung mit 48 gegen 3 Stimmen angenommen.

**Der Bundesrat** hat am Donnerstag einen Auschubantrag betrifft die Aufstellung des Börseinterminhandels in Kammzug zugesagt. Ebenso wurde den Berichten des Ausschusses über die Einziehung und Umprägung von über 100 Millionen Pfennigstücken, sowie über die Ausprägung von Zehnpfennigstücken Zustimmung ertheilt.

**Militärisches.** Im Dunkelarrest hat sich in Augsburg ein Soldat des 3. Infanterie-Regiments erhängt. — Es ist offenbar, daß in Rosel der Sergeant Kinsel, Fahnenträger beim 62. Infanterie-Regiment. — Als verdächtig des Landesverrats wurde, dem „Schneidemühler Zauber“ folgte, der Feldwebel Albrecht vom 129. Infanterie-Regiment von Bruckberg nach Straßburg gebracht.

**Von einer Mandatsniederlegung.** Der Reichstagsabgeordnete Ehlinger wurde aus dem bayerischen Bauernbund ausgeschlossen. Das Vergehen wurde vom Bundesvorstand darum erblitten, daß Ehlinger in einem Schularzturk der Gründung eines „Niederbayerischen Bauernbundes“ aufgefördert hatte. Ehlinger ist der Führer der gewäßigten bayerischen Bauernkinder. Er hat nach der „Königspolitik“ nur noch einen Platz am Tisch für Straubing rückgedrängt.

Der Antrag mit Vielhaben hat, nach der „Staats-Zeitung“ eine Mandatsniederlegung bisher nur „in Erwägung gezogen“, aber noch keine Entscheidung getroffen, „ob und wann dieses vielfach geübt wird.“

**Directe Landtagswahlen.** Die zweite Februar-Kammer nahm nach dreitägiger Verhandlung in eiemnlicher Abstimmung mit allen gegen acht Stimmen den Antrag an, die Regierung zu erlauben, bei den Landtagswahlen das direkte Wahlrecht einzuführen. Ein an die Regierung gerichtetes Schreiben wegen Belehrung der bestehenden Beschränkungen in Bezug der Steuerabgabe, sowie wegen Einführung von abschließenden Briefsieden bei der Wahl wurde ebenfalls angenommen. Ein Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten David, die Wahlen am Sonntag vorzunehmen, wurde abgelehnt.

### Ausland.

**Kreta** tritt in die Reihe der Autonomiestaaten ein; es beginnt Schluß zu machen. Wie der „Standard“ mit Kreta vertritt, ist die Nationalversammlung einberufen worden, erstens, um die Besitzergreifungsbestimmungen der Kreisräte zu genehmigen und zweitens, um den Prinzen Georg zur Aufnahme einer Enthaltung zu beaufmächtigen. Wer kennt Kreten?

### Zur Spaniafrage.

Es geht auch in einem Briefe an das englische Blatt „Daily Telegraph“ des berühmten Kommentators Steevens und Dobson, welcher früher Vertreter der Vereinigten Staaten auf Samoa war. Er schreibt:

Die Hauptanliefe der freien Einwohner auf Samoa ist die Religion. Überdies obendrein ist ein Tempelbauertum entstanden und ganz und gar in den Händen der Katholiken. Katholiken und protestantische Missionare sind ihre Einwirkung auf Samoa stark. Es kann nicht leicht festgestellt werden, ob es nicht eine Katholiken-Mission ist, die die Katholiken auf Samoa über das Sezieren und Brennen verhelfen kann, während jetzt ein Teil unter protestantischen Missionaren steht.

In einer Belehrung dieser Ausführungen hält die „Daily News“ die Frage:

„Bedenkt wir die ganze Sachen über die Ränke und Schemen erfahren! Diese Frage verdient die ernsthafte Besprechung und sollte den Gegenstand weiterer und eingehender Studien im Interesse bilden. Bis wir Sicherheit darüber erlangt haben, daß wir im Recht sind, wird man unschädlich mit Gewalt durch über das Sezieren und Brennen verhelfen können, während jetzt ein Teil unter protestantischen Missionaren steht.“

Es ist sehr interessant, welches Motiv zwischen Seiten eines einer lebens- und verantwortungsfähigen Seite fungiert zu sehen, die der Demokratie zu Grunde Denktakten gewidmet ist.

### Die spanischen Corteswahlen

haben sich vollzogen, die spanische „Schule“ hat immer zu vollziehen pflegen. Die Regierung hat nicht den Widerstand der Partei der Republikaner überwunden. Am Ende der Abstimmung der Deputierten entschied eine Menge von Deputierten zugunsten. Da der Sozialist eine große minoritätliche Mehrheit vorwies, etwa 250 von 410 Abgeordneten. Durch unrichtige Unterzählung wurden 20 Abgeordnete der anwesenden sozialistischen Gruppe gestrichen, so daß die tatsächliche Unterzählung nur unter 30 Abgeordneten der anwesenden sozialistischen Gruppe gewahlt. Die Republikaner wurden gewählt in Cadiz, Valencia und San Sebastian, unter ihnen Cefalù und Orléans. Sagasta wurde in Logrono mit einer Mehrheit von nur einigen 100 Stimmen gewählt.

Die Regierung wendet ein höchst einfaches Mittel an, sich eine Majorität zu verschaffen. Zu den Wahlurnen jener Orte, welche Regierungslandabten wählen müssen, läßt man die oppositionelle Gefinnung verbürgten Wähler nicht zu, oder man „überstimmt“ sie, indem man einige Tausend singulärer Wähler in den Listen aufmachtet und für den Regierungskandidaten votiren läßt. Sind die Wähler mit dieser Vergewaltigung nicht einverstanden, so kommen drastischere Mittel zur Anwendung. Nur ein Beispiel: Weil in Tortosa, Provinz Tarragona, der Kandidat der Gemeindebehörde bei der Wahl zur Deputiertenkammer unterlag, schossen Beamte der Gemeindebehörde auf die Volksmenge, wobei zwei Personen getötet und einige verletzt wurden.

In Bilbao, wo die Sozialisten die überwiegende Mehrheit der Wähler hinter sich haben, aber in Folge der Wahlmisslungen um den Sieg betrogen wurden, entstanden Unruhen. Es fand ein Zusammenstoß statt zwischen den Anhängern des sozialistischen Kandidaten Iglesias und denen des Regierungskandidaten Echevarria, wobei einige Schüsse gewechselt wurden. 26 Personen wurden verwundet. Die „Paz“ ist dort wieder hergestellt. 5 Personen wurden verhaftet. Der sozialistische Ausschuss von Bilbao ließ einen Protest veröffentlichen. — So wählt man in Spanien.

### Deutscher Reichstag.

Berlin, den 20. April.

Im Reichstag wurde heute die erste Lehre der Gewerbeordnung-Novelle in Verbindung mit den Anträgen Heyl und Bassermann zu Ende geführt. Vorlage wie Anträge wurden einer Kommission von 21 Mitgliedern überreichen. Die Sitzung dauerte bis halb 7 Uhr Endes; man wollte zu Ende kommen, damit die nächsten drei Arbeitstage für die Kommissionssitzungen frei gehalten werden könnten. Erst Dienstag wird der Reichstag wieder Plenariertag halten. Der Präsident sprach die Hoffnung aus, daß die Mitglieder dann in beschleunigter Zahl erscheinen würden. Notwendig wird das sein, wenn die Geschäfte raschreiten sollen. Es sind jetzt fast nur noch zwei Leistungen zu erledigen, die ja mit wichtigen Abstimmungen verbunden sind. Bei den vorhandenen Gegebenheiten würde bei Beschlussfähigkeit die Weiterberatung gewiß niets durch Rücksicht der Geschäftsordnung verhindert werden, wenn wichtige Abstimmungen zu erfolgen hätten.

Da der Deutsche Tag heute zunächst Herr Dr. von Hartmann war. Er tratte gegen die Regierungsvorlage vom Februar vom Werk. Er tratte gegen die Regierungsvorlage von Februar, dagegen um so größere gegen den Antrag Dr. Heyl. Da er an die Regierung der Arbeitsetat der in den Städten befindlichen beschäftigten Personen herangehen will, möchte er die Enquete-Kommission der Kommission für Arbeiterschaffens abtreten. Dazu trat ihm auch wieder der Abgeordnete Möller bei, der mit Recht gegen den Geist polizeilicher Despotismus, wie er in der Vorlage steckt, polemisierte. Dieser Polizeigedanke wurde auch besonders von dem freisinnigen Sozialisten Herrn Schramm betont. Da den Bestimmungen über die Arbeitsmarktkommission der Städtevermittelung erblitten er mit Recht einen eigenen Antrag. Das will damit nur den Arbeitern angestrebt, da den körperlichen Arbeitern das Städteleben in der Stadt erspart werden. An der nächsten Debatte beteiligen sich die Abgeordneten v. Heyl, Schramm und Sozialist Dr. Heyl. Die beiden Großindustriellen Peter und Michael Brücke nicht wenig. Herr v. Heyl hält eine sozialpolitische Note, die es zwischen Partei gar nicht darf, und ihm deshalb zweifellos eine heftige Entgegnung des Sozialisten d. A. Schramm erwartet wird vom Regierungskandidaten Dr. Heyl später Widerstreit führen. Es soll ganz möglich sein, daß er sich erneut auf die Seite des Sozialisten schlägt. Dazu ist der Sozialist Peter Schramm bestrebt. Da den Bestimmungen über die Arbeitsmarktkommission der Städtevermittelung erblitten er mit Recht einen eigenen Antrag. Das will damit nur den Arbeitern angestrebt, da den körperlichen Arbeitern das Städteleben in der Stadt erspart werden. An der nächsten Debatte beteiligen sich die Abgeordneten v. Heyl, Schramm und Sozialist Dr. Heyl. Die beiden Großindustriellen Peter und Michael Brücke nicht wenig. Herr v. Heyl hält eine sozialpolitische Note, die es zwischen Partei gar nicht darf, und ihm deshalb zweifellos eine heftige Entgegnung des Sozialisten d. A. Schramm erwartet wird vom Regierungskandidaten Dr. Heyl später Widerstreit führen. Es soll ganz möglich sein, daß er sich erneut auf die Seite des Sozialisten schlägt. Dazu ist der Sozialist Peter Schramm bestrebt.

Die nächsten Abstimmungen zum Schutz der Konfessionenarbeiter der Kaufleute u. i. w. sind wie natürlich einverstanden. Die letzten Abstimmungen müßten jedoch auch für andere Gewerbe gelten, in denen gleiche Missstände bestehen. — Ich komme nun zu den Bestimmungen über die Haushälter. Das beste Mittel, deren Missstände wirklich zu beseitigen, wäre die allmäßliche Beseitigung desselben. (Sche richtig, Dr. Heyl.) Das will aber die Regierung nicht tun. Würde es tun, ergäbe es, die Heimarbeit unter die Fabrikarbeiter zu stellen. Wenn erst durch die Gewerbeaufsicht die Schwerarbeiter in der Heimarbeit abgesetzt werden, werden die Unternehmer in ihrem Interesse dazu übergehen, Werkstättenbetriebe zu errichten.

Nun zu dem Kaufmännischen Personal. Wir sind ganz einverstanden, daß die Forderungen, die die Angestellten in der Partei niedergelegt haben, auch auf die sozialdemokratischen Gewerbevereine ausgedehnt werden, die es vorläufig gar nicht gibt. Denn die Partei hat mit den Konkurrenzvereinen nichts zu thun. Keinesfalls sind die Missstände, die in solchen Konkurrenzvereinen vorkommen, gerade in der sozialdemokratischen Presse nachdrücklich genug gemacht. (Sche richtig! b. d. Soz.)

Eine ganz ungünstige Bestimmung ist der § 132c, der den Kaufleutenabschluß betrifft. Diese Bestimmung ist für uns ganz unerreichbar, und wird sie angenommen, so blamieren wir und schulden gesetz, vor der ganzen Welt. Nun noch einige zum Antrag Dr. Heyl. Er enthält unzweckmäßig eine Anzahl arbeiterwohlwollender Bestimmungen, aber es ist vorzusehen, daß der Antrag nicht auszuführen sein. Mit der Partei einer Kontrolle für ausreichende Förderung der Angestellten hat nichts einverstanden, aber die Polizei soll damit nichts zu thun haben. Es ist besser ein Verdienst des Antrages Dr. Heyl, daß er die Gewerbeleute der Gewerbevereine bestimmt, ich schaute indessen, die Gewerbeleute werden für schon zu helfen wissen. Sie werden direkt gegen uns ab und unsere Gewerbevereine Dienstboten und andere hat die Gewerbeaufsicht keinen Einfluss. Alles was hier vorgebracht wurde, läßt sich schließlich willig ausführen. Das legt sich doch höchstens in der Bürgerlichen Gesellschaft. Sie leben die Freiheit, wir an der Schaffung der Gesellschaft mitzuwirken. Die Freiheit in der Hand, von dem Herr von Stumm gestern stammte, allerdings nicht genugbar, denn er ist fürchterlich wütig (Zehn), wenn Sie uns aber die Tochter auf dem Tode verurteilen wollen, so werden wir zugreifen. (Lieberster Erfolg bei den Sozialdemokraten.)

**Staatssekretär Graf Pojadowitsch:** Herr Dr. Heyl macht uns eine Arbeitsergebnisse jedesmal bei der Prüfung der ausgewählten Fälle zu schaffen. Ganz schwierig wird intra et extra mure gefürchtet. — In seiner Missionsreise über den Afrikaweg hat sich Herr Dr. Heyl seine Geschäftigkeit gezeigt. Wenn die Ladeninhaber, die kein Personal mehr haben wollen, ja müssen sie auch mitziehen können.

**Herr Dr. Heyl (Ap.):** Ich legte Ihnen eine ganze Reihe von Fällen vor, die die Kaufleute mit Personen, die die Geschäftsführer und Betriebsleiter waren, mit einer Arbeitsbeschaffungsordnung beauftragt haben. Personen, die bei bestem und höchstem Gehalt der Polizei, doch sehr zu bestimmen sind, wenn sie sich auf die Gewerbeaufsicht beziehen.

**Herr Dr. Heyl (Ap.):** Ich legte Ihnen eine ganze Reihe von Fällen vor, die die Kaufleute mit Personen, die die Geschäftsführer und Betriebsleiter waren, mit einer Arbeitsbeschaffungsordnung beauftragt haben. Personen, die für alle Gewerbe missbraucht werden, aber eben nicht in Ordnung die Gewerbeaufsicht, da besser auf den gewöhnlichen Geschäftsführer eine hohe Bezahlung vorgesehen ist. Wenn wir also über die

Maßregeln zu Gunsten der Handlungsbefreiungen und Lehrlingsabnahmen gebeten werden, ich gebe dem Herrn Staatssekretär zu, daß dieses Gebot so schwieriges ist, daß man da mit kleinen Anfangen beginnen muß und nicht von vornherein alle Wünsche erfüllen kann. Ich völlig versetzt halte ich aber die Bestimmung, daß eine „angemessene“ Mittagspause für diejenigen eingeführt wird, die im Hause des Prinzipals beschäftigt werden. Für diese Mittagspause halte ich gar keine gesetzliche Bestimmung nötig, denn der Prinzipal kann die Leute doch nicht vom Tisch lassen, bevor sie satt sind. (Lachen b. d. Soz.) Den Angestellten die nicht im Hause des Prinzipals beschäftigt werden, muß eine wöchentliche Mittagspause bewilligt werden. Die Regelung der Prüfung des Lehrlenschlusses halte ich im Interesse der Angestellten für wünschenswert; die Interessen des Büchlers müssen jedoch außeracht gelassen werden. Überhaupt muß bei all diesen Einzelbestimmungen mit großer Vorsicht vorgegangen werden. Der Wunsch des Abg. Bassermann nach Handelsstellenkosten halte ich nicht. Weil die Stellenvermittlung betrifft, so sind gewiß Missstände vorhanden, man hätte sie aber auf andere Weise beseitigen müssen als durch im Gesetz vorgesehenen Konzessionszwang. Man hätte sagen sollen, daß diejenigen, welche wegen bestimmarer Delikte bestraft werden, die Berechtigung zur Stellenvermittlung verlieren. Bei dem Vorbrüche des Haftvergebens haben wir eine solche Bestimmung.

Mit dem sozialdemokratischen Vorschlag die Gedanken über Stellenvermittlung nicht von den Angestellten, sondern den Prinzipialen zu erheben, bin ich ganz einverstanden. — Die Anträge des Fr. Heyl zu Herrenheim sind, wie ich zugeben muß, gestern von Herrn Stumm ganz richtig widerlegt worden. Gegen den Antrag Bassermann habe ich nichts einzuwenden. — Ich hoffe, daß die Vorlage aus der Kommission in wesentlich verbesselter Gestalt herauskommen wird, dann wird sie uns als 25. ihrer Art als Zublattvorlage willkommen sein.

Abg. Höfle (wildst.) spricht sich entschieden zu Gunsten der Vorlage aus, er wünscht Verstärkung mancher Vorschläge in Antrag Heyl.

Abg. Heyl (wildst.) zu Herrenheim (natt.): Ich muß dagegen protestieren, daß mein Antrag Agitationmaterial enthalte; die Partei, daß ein erster Schritt, wie ich ihn vorschlage, mit Schwierigkeiten verbündet ist, darf nicht von diesem ersten Schritt überhaupt zurückhaltend. Mein Antrag ist eben dadurch veranlaßt, daß am Gebiete, das er behandelt, die Regierung nicht gerechtsame bestimmt. Der Vorschlag des Dilettanten ist mir zu Unrecht gemacht, die von mir gemachten Vorschläge werden sich bei guten Willen durchdringen lassen. Einige der von mir gemachten Vorschläge sind sogar schon an einzelnen Orten durchgeführt und in allgemeiner Zustandheit.

**Staatssekretär Graf von Pojadowitsch:** Ich habe den Vorbrüche zu bemerken, daß die Regierungen auf dem von ihnen betrachteten Gebiet keine Vorschläge machen, weil sich das nach neuer Überlegung unthunlich erwies. Seine Anträge werden als dankenswerte Anregung zur weiteren Prüfung der Materie dienen als Basis zur eigentlichen Gesetzgebung sind sie kaum zu verwerten.

Abg. Maas (Antis) wird sich zunächst gegen den Abg. Heyl und dann den Bestimmungen der Vorlage zuzustimmen.

Abg. Bebel (Soz.): Bei der Diskussion über die Vorlage sind so viele Meinungsverschiedenheiten in Tage getreten, daß ich glaube, auch diesmal wird wieder ein Geist zu Stande kommen, das nirgends genügt. Das ist ja eben der Fluch unseres ganzen Parlamentarismus. Es gibt keine feste Majorität, die konzentriert noch einem bestimmten Zeleb hinstreift. Alles was überhaupt geschieht, kann nur durch beständige Kompromisse auf allen Seiten erkauft werden. Daher sind immer Verbesserungen nötig, wenn eine Vorlage kaum Gesetz geworden ist. Es wäre mir interessant zu erleben, von welchen Gesichtspunkten die Regierung bei dieser Vorlage eigentlich ausgegangen ist. Zum Wesentlichen ist wohl der Punkt, der zu der Vorlage geführt hat, die Regelung der Stellenvermittlung. Die Regierung hat offenbar den Drängen der agrarischen Seite nachgeben wollen, für die die Kräfte der Gewerbeaufsicht von der größten Bedeutung ist. Natürlich wird in keiner Weise die offenkundigen Missstände beseitigen. Aber die Art, wie man sie abstellen will, stellt keine Lösung der Frage dar. Der § 132 der Gewerbeordnung giebt bereits jetzt den Behörden an die Hand, einen Gewebevertrag das Gewerbe zu entziehen, wenn es als unzulänglich erweist.

Wenn es daher der Regierung ernst ist mit der Belehrung dieser Missstände, so hat sie auch deutlich die Möglichkeit, gerade in Bezug auf das Stellenvermittlungssystem, auf andere Wege einzutreten. Mit Waffen aus Gewerbeaufsicht die Theatralen-Agenten sympathisch. Auch auf diesem Gebiet des Arbeitsschutzes bestehen ungeheure Missstände.

Mit den Bestimmungen zum Schutz der Konfessionenarbeiter der Kaufleute u. i. w. sind wie natürlich einverstanden. Die letzten Abstimmungen müßten jedoch auch für andere Gewerbe gelten, in denen gleiche Missstände bestehen. — Ich komme nun zu den Bestimmungen über die Haushälter. Das beste Mittel, deren Missstände wirklich zu beseitigen, wäre die allmäßliche Beseitigung desselben. (Sche richtig, Dr. Heyl.) Das will aber die Regierung nicht tun. Würde es tun, ergäbe es, die Heimarbeit unter die Fabrikarbeiter zu stellen. Wenn erst durch die Gewerbeaufsicht die Schwerarbeiter in der Heimarbeit abgesetzt werden, werden die Unternehmer in ihrem Interesse dazu übergehen, Werkstättenbetriebe zu errichten.

Nun zu dem Kaufmännischen Personal. Wir sind ganz einverstanden, daß die Forderungen, die die Angestellten in der Partei niedergelegt haben, auch auf die sozialdemokratischen Gewerbevereine ausgedehnt werden, die es vorläufig gar nicht gibt. Denn die Partei hat mit den Konkurrenzvereinen nichts zu thun. Keinesfalls sind die Missstände, die in solchen Konkurrenzvereinen vorkommen, gerade in der sozialdemokratischen Presse nachdrücklich genug gemacht. (Sche richtig! b. d. Soz.)

Eine ganz ungünstige Bestimmung ist der § 132c, der den Kaufleutenabschluß betrifft. Diese Bestimmung ist für uns ganz unerreichbar, und wird sie angenommen, so blamieren wir und schulden gesetz, vor der ganzen Welt.

Nun noch einige zum Antrag Dr. Heyl. Er enthält unzweckmäßig eine Anzahl arbeiterwohlwollender Bestimmungen, aber es ist vorzusehen, daß der Antrag nicht auszuführen sein. Mit der Partei einer Kontrolle für ausreichende Förderung der Angestellten hat nichts einverstanden, aber die Polizei soll damit nichts zu thun haben. Es ist besser ein Verdienst des Antrages Dr. Heyl, daß er die Gewerbeleute der Gewerbevereine bestimmt, ich schaute indessen, die Gewerbeleute werden für schon zu helfen wissen. Sie werden direkt gegen uns ab und unsere Gewerbevereine Dienstboten und andere hat die Gewerbeaufsicht keinen Einfluss. Alles was hier vorgebracht wurde, läßt sich schließlich willig ausführen. Das legt sich doch höchstens in der Bürgerlichen Gesellschaft. Sie leben die Freiheit, wir an der Schaffung der Gesellschaft mitzuwirken. Die Freiheit in der Hand, von dem Herr von Stumm gestern stammte, allerdings nicht genugbar, denn er ist fürchterlich wütig (Zehn), wenn Sie uns aber die Tochter auf dem Tode verurteilen wollen, so werden wir zugreifen. (Lieberster Erfolg bei den Sozialdemokraten.)

**Staatssekretär Graf Pojadowitsch:** Herr Dr. Heyl macht uns eine Arbeitsergebnisse jedesmal bei der Prüfung der ausgewählten Fälle zu schaffen. Ganz schwierig wird intra et extra mure gefürchtet. — In seiner Missionsreise über den Afrikaweg hat sich Herr Dr. Heyl seine Geschäftigkeit gezeigt. Wenn die Ladeninhaber, die kein Personal mehr haben wollen, ja müssen sie auch mitziehen können.

**Herr Dr. Heyl (Ap.):** Ich verwarf sogleich gegen den Vorwurf des Abg. Heyl, daß er für den Gewerbeaufsichtsrat bei der Konfessionenarbeiter bestimmt. Der Gewerbeaufsichtsrat

Präsident Graf Ballenreim rief an die Anwesenden und Abwesenden die dringende Bitte, stets zu den Sitzungen zu erscheinen. Die beständige Beschlussfähigkeit ist bedauerlich für die Würde des Reichstags. (Beifall)

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. Antrag Liebermann-Sonneberg ber. Verabschiedung von Schlachthöfen. Antrag Lieber auf Errichtung von Arbeitersämmern. Schluß 6 Uhr 45 Min.

## Aus aller Welt.

In Berliner Gesellschaftskreisen wird gegenwärtig, wie ein Wiener Blatt wissen will, ein Ehescheidungsprozeß lebhaft besprochen, in welchem die entscheidende Rolle eigentlich von einem Glühkugel gespielt wurde, der als neuer Diener seines Herrn dessen Ehre, wenn auch unwissentlich, so doch mit Erfolg beschaffte. Der Sachverhalt ist folgender: Der Fabrikdirektor B. bewohnt im Tiergartenviertel ein luxuriös eingerichtetes Haus und führt täglich in die im äußersten Osten der Stadt gelegene Fabrik, wo er bis 5 Uhr Nachmittags arbeitet. Herr B. war seit Jahresfrist mit der Tochter eines wohlhabenden schlesischen Industriellen verheirathet. Ein Freund des Herrn B., ein Garnhändler, verkehrte viel in seinem Hause und machte ihm einmal, da er des Fabrikdirektors Passfahrt für die Jagd kannte, einen prächtigen Bluthund zum Geschenk, unter dessen Talente insbesondere das Apportieren obenan stand. Herr B. besuchte nun vor einiger Zeit, von diesem Hund gefolgt, seinen Freund, den Garnhändler. Plötzlich opportunitate das treue Thier aus dem Papierkorbe des Garnhändlers, dessen Aufmerksamkeit gerade in anderer Richtung festgehalten wurde, ein grünes Band, das Herrn B. merkwürdig bekannt vorkam. Er steckte es unbemerkt ein und begann, zu Hause angelangt, sofort die Untersuchung. Es zeigte sich, daß das grüne Band früher an dem Morgenrock seiner Frau befestigt war und nun dort fehlte. Herr B. nahm einige Detektive zu Hilfe, und nach dreiwöchiger Beobachtung wurde Frau B. mit dem Garnhändler überrascht. Fabrikdirektor B. sandte seine Frau ihren Eltern nach Schlesien zurück und brachte die Ehescheidungssklage ein, weil er bei dem grünen Band, das als corpus delicti figurirt, auch das Geständniß der Täterschaft zweier Detektivs geltend macht.

Eine durch ihre Liebesaffairen bekannte 49jährige, wohlhabende Mezzosopranin in München wurde verhaftet, weil sie eine Frau zur Begleitung ihres (der Mezzosopranin) Mannes und ihrer Kinder angestellt hatte. Zur Zeit hatte sie ein Verhältnis mit einem Schauspieler, mit dem sie in einem Abfiegequartier verkehrte. Ihren Liebhabern hörte sie viel Geld an. Bei der Haussuchung fand man eine nicht unerhebliche Zahl Photographien ihrer Liebhaber.

Bei einer Dampfsesselexplosion, welche Donnerstag früh in Rosenthal (Neudorf) stattfand, kamen 7 Personen ums Leben. — Bei einer Explosion in der Fabrik für Feuerwerkskörper in Gerasdorf bei Düsseldorf wurden am Mittwoch der Fabrikbesitzer und drei Arbeiterinnen getötet.

Bei der Feuerbrunst, die die Stadt Pointe à-Pitre Guadeloupe heimgesucht, kamen nach dem Bericht des amerikanischen Genius 31 Personen ums Leben gekommen und 2000 Personen entflohen geworden sein. Man glaubt, es liege Brandstiftung vor. Unter der Bevölkerung Guadeloupe herrsche große Unruhe.

Durch ein Erdbeben sind die Ortschaften P. Ura und Puel in der argentinischen Provinz Rioja zerstört worden. Beteiligung sind ums Leben gekommen. Auch durch Grubentönungen des Vulkanus Umano in der Nähe von Vichina ist großer Schaden entstanden worden.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung kamen nach einigen Mitteilungen u. a. folgende Vorlagen zur Verhandlung:

Kosten der Renovation des Stadt-Büchamts. Für die Renovation des städtischen Büchamts sollen 325.311 Mark und für Einrichtung des über den Postkammern befindlichen Bodens zur Unterbringung von Fahreräumen 152.89 Mark bewilligt werden. Der Vorsthende, Justizrat Frey und, fragt an, ob die gegenwärtig laufende Aktion der Reklame für das Leihamt im Einverständnis mit dem Magistrat geschieht. Stadtrat Rosenthal befiehlt dies und bemerkt, daß diese Reklame notwendig war, um dem Institut wieder auf die Beine zu helfen. Die Kosten werden bewilligt.

Umbau der Matthiasthalstrasse. Der Ausschuss beantragt, den Umbau des Matthiasthalstrasse in Generalentfernung zu vergeben. Der Referent, Stadtr. Schürmann, ersucht den Ausschussgutachten zugestimmen. Stadtr. John ersucht um bessere Ausführung der Wasserleitung des Matthiasthalstrasse. Stadtrat Rosenthal bittet vorläufig keine Projekte auf die Wasserleitung zu gründen, da man nicht wissen kann, wie die Projepte in der Sache aussehen. Oberbürgermeister Bender äußert sich in demselben Sinne. Der Ausschussontrag wird angenommen.

Behuß Anbringung einer Gebenstafel für den Ehrendürger Professor Adolf v. Menzel an dem Neubau des Schlesischen Bankvereins, Albrechtsstraße 33, soll der Beitrag von 760 Mark bewilligt werden. Nach dem Antrage des Geschäftsräthers, Dr. Müller, wird die Magistratsvorlage genehmigt.

Geschäftsberichte. Der Magistrat übersendet der Versammlung die Geschäftsbücher der Werderbahn und der elektrischen Straßenbahn. Die Versammlung nimmt von denselben Kenntnis.

Neue Ordnung betrifft die Erhebung einer Bildsteuer. Der Ausschuss II empfiehlt den vom Magistrat vorgelegten Entwurf einer neuen Ordnung betreffend die Erhebung einer Bildsteuer anzunehmen mit der Maßgabe, daß ein Stück Hemmhörer mit 6 Pf. und eine Waldbüchne mit 25 Pf. versteuert werde. Referent Stadtr. Haber, ersucht, dem Ausschussgutachten zuzustimmen. Stadtr. Gund und, werdet sich dagegen, daß auch das Eingeschneide, Herz, Lunge, Leber, versteuert werden soll. Räumlicher Körte meint, daß diejenigen Leute, die z. B. Fleischer essen wollen, sich auch mit dem Gedanken befrieden müssen, daß dieselbe zu versteuern ist. Die neue Ordnung wird mit den vom Ausschus vorgelegten Änderungen genehmigt.

Aufhebung und Verlegung von Jahrmarkten. Der Ausschuss II empfiehlt, von der Magistratsvorlage herabend die Aufhebung und Verlegung von Jahrmarkten Kenntnis zu nehmen und die Anträge des Stadtr. Wohl dem Magistrat mit der Maßgabe zur Verabschaffung zu empfehlen, daß der Wagenverkehr an der Niemergasse während des Christmarktes gestattet werde. Der Referent, Stadtr. Gepenke, ersucht, diesen Antrag anzunehmen. Stadtr. Kopisch bemerkt, daß der Antrag Wohl, auf dem einige keine Porzellanwaren festzuhalten, gegenstandslos sei, weil dieselben schon seit Jahren dort nicht mehr festgehalten werden dürfen. Ferner wird es sich schwer machen lassen, daß der Wagenverkehr an der Niemergasse während des Christmarktes gestattet wird; höchstens wäre derselbe bis Vormittags 10 Uhr zugelassen, wonit sich Redner auch einverstanden erklären könnte. Stadtr. Hamberger bittet den Magistrat, die Jahrmarkte vom 1. bis nach einem anderen Platze zu verlegen, event. vom nächsten Jahrzähle an die Niemergasse mit Ausnahme des Christmarktes aufzuheben. — Stadtr. Wohl tritt für seine Anträge ein; er behauptet, daß doch Porzellanwaren auf dem Ringe festgehalten werden und bittet für Annahme seiner Anträge. — Stadtr. Biller ist bisher aus Bleidräckselsteinen für das Torbesecken der Niemergasse gewesen, hat sich aber überzeugt, daß das Beste ihre Aufhebung ist, denn alles das, was auf den 1. J. bedeutunglosen Jahrmarkt sei, gehoben wird, erhält man billiger und besser in den Läden der Stadt. Nach einem Schlußwort des Referenten wird ein Antrag des Stadtr. Biller mit großer Mehrheit angenommen, wo nach vom 1. April 1901 sämtliche Jahrmarkte mit Ausnahme des Christmarktes aufgehoben werden. Die Anträge Wohl, mit Aufnahme desselben, der den Wagenverkehr betrifft, werden dem Magistrat zur Verabschaffung überwiesen.

Nebenahme der katholischen Soziätatschule in Pöpelwitz. Der Magistrat ersucht die Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Nebenahme der kath. Soziätatschule in Pöpelwitz bzw. des Schulgrundstücks derselben den kath. Hausbütern in den Ortschaften Kotl, Klein-Gaudau und Pöpelwitz eine Entschädigung gewährt wird. Der Referent, Stadtr. Lillendorf, führt aus, daß die Theaterverhältnisse sich in den letzten Jahren gebessert haben, sowohl hinsichtlich der Oper wie des Dramas. Eine größere Vielfeitigkeit ist eingetreten. Es sind aber auch in der letzten Zeit verschiedene Klagen laut geworden über die zur Verwendung kommenden Kostüme, die den Stücken nicht immer angepaßt waren. Was das Thalia-Theater betrifft, so muss anerkannt werden, daß billige Volksvorstellungen stattfinden. Redner befürwortet deshalb den Magistratsantrag; derselbe wird genehmigt. Am Anschluß bittet Stadtr. Jünger den Magistrat, Herrn Theaterrichter Löwe zu veranlassen, daß bei der Rechnungslegung die drei Theater auseinandergehalten werden.

Vorstellungen im Thalia-Theater. Dem Theater-Direktor Dr. Löwe soll es auf Weiteres — jedoch mit dem Vorbehalt des jetzigen Webers — die Erlaubnis erteilt werden, neben den 2. Vorstellungen im Stadt- und Lode-Theater auch im Thalia-Theater Vorstellungen zu geben und zwar unter der Bedingung, daß er sich verpflichtet, mindestens alle 14 Tage eine Vorstellung von Stücken, die zur Erhöhung der Volkssbildung geeignet sind, zu niedrigen Preisen zu veranstalten. Der Referent, Stadtr. Lillendorf, führt aus, daß die Theaterverhältnisse sich in den letzten Jahren gebessert haben, sowohl hinsichtlich der Oper wie des Dramas. Eine größere Vielfeitigkeit ist eingetreten. Es sind aber auch in der letzten Zeit verschiedene Klagen laut geworden über die zur Verwendung kommenden Kostüme, die den Stücken nicht immer angepaßt waren. Was das Thalia-Theater betrifft, so muss anerkannt werden, daß billige Volksvorstellungen stattfinden. Redner befürwortet deshalb den Magistratsantrag; derselbe wird genehmigt. Am Anschluß bittet Stadtr. Jünger den Magistrat, Herrn Theaterrichter Löwe zu veranlassen, daß bei der Rechnungslegung die drei Theater auseinandergehalten werden.

Für die Zwecke der städtischen Verwaltung beantragt der Magistrat die Rückzahlung von Räumen im Haus Schuhstraße 48. Referent Stadtr. Löwe ersucht, dem Magistratsantrag zuzustimmen. Im Übrigen bittet Redner den Magistrat, den Bau eines Geschäftshauses in Erwägung zu ziehen, damit dem jetzt bestehenden Mißstande der Unterbringung von Büros in Mietwohnungen ein Ende gemacht wird. Oberbürgermeister Bender erkennt den Missstand an, bemerkt aber, daß der Bau eines neuen Geschäftshauses auf dem Ringe wegen der enormen Grundstückssätze unmöglich sei; übrigens sei es auch zweifelhaft, ob die Verlegung aller Büros in ein Haus das Beste ist. Stadtr. Jünger sagt darüber, daß die städtischen Büros über die ganze Stadt verteilt sind; für den Ankauf der alten Börse zum Zwecke der Unterbringung von Büromärkten kann sich Redner nicht erwärmen. Oberbürgermeister Bender bittet darauf, die Vorlage betr. den Ankauf der alten Börse abzuwarten. Die Magistratsvorlage gelangt zur Annahme.

Abgabe von Gas. Die Stadtverordneten-Versammlung wird vom Magistrat ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß vom 1. April d. J. ab das Gas der hiesigen städtischen Gasanstalten und zwar erstens zu Haushalte, Treppen- und Hofbeleuchtung, zweitens zu Koch, Heiz und gewerblichen Zwecken für 10 Pf. statt wie bisher für 12 Pf. pro Kubikmeter abgegeben wird. Ferner sollen die Zentralgasometer für vorstehend bezeichnete Zwecke lediglich gegen eine Füllrate von 10 Proz. des Wertes der Gasmesser den Konsumenten überlassen und die Vorlage als dringlich bekannt werden. Nach Anrechnung der Dringlichkeit beantragt Stadtr. Simon als Referent die sofortige Annahme der Magistratsvorlage. Stadtr. Wohl kann sich der Vorlage nicht ganz anschließen. Er findet in den Preisen eigentlich eine gerechte Verhältniss. Man könnte ganz richtig das Gas auf 11 Pf. Redner bittet, die Vorlage dem Ausschuss V zu überweisen. Redner erwidert, der Preis für Gas auf 10 Pf. pro Kubikmeter herabzusetzen. Das würde eine lebhafte Steigerung des Konsums zur Folge haben, dem die Gaswerke gegenwärtig nicht gewachsen sind. Unberechtigt sei es nicht, den Preis des Gases für gewerbliche Zwecke niedriger zu bewerten. Wenn nun den Gasverbrauch

am Tage erhöhen möchte, müste seiner Zeit der Preis des Gases für gewerbliche Zwecke eine Heraufsetzung erfahren. Stadtr. Oettinger erläutert, die Vorlage einem Ausschuss zu überweisen, da sie nicht ohne Weiteres angenommen werden könne. Stadtr. Hamberger meint, die Sache ist so weit vorbereitet, daß sie nicht an einen Ausschuss gehen braucht. Stadtr. Heidelberg erläutert es angezeigt, die Vorlage dem Ausschuss II zu überweisen. Nachdem sich in der Sache noch der Oberbürgermeister und der Referent geäußert, wird die Vorlage genehmigt.

Eine Ermäßigung des Preises für Abgabe des elektrischen Stroms zu gewöhnlichen Zwecken und zur Speisung von Akkumulatoren soll nach einem Antrage des Magistrats vom 1. April d. J. eintreten. Die Ausschüsse IV und V empfehlen die Vorlage als dringlich zu behandeln und mit einigen Änderungen anzunehmen. Die Referenten, Stadtr. Oettinger und Blauel, ersuchen dem Ausschussvotum zuzustimmen; dies geschieht.

Schluß der öffentlichen Sitzung um 7 Uhr Abends.

\* Das amtliche Netze- und Verkehrsamt, das wie bereits vor einiger Zeit erwähnt, ist am gestrigen Tage (20. April) dem Verkehr übergeben worden. Es befindet sich im westlichen Flügel des Oberschlesischen Bahnhofs, und zwar ist der Eingang zu ihm durch die zweite Thür rechts vom Haupteingange, während die erste Thür nur zur amtlichen Auskunftsstelle für Güterverkehr führt. Das Bureau ist an Wochenenden von früh 8 bis Abends 7 Uhr ununterbrochen geöffnet. Sonntags von 9—1 Uhr.

\* Sensationelle Verhaftung. Gestern Mittag 12½ Uhr wurde der Arbeiter Franz Jenckl aus Kreitern, Kreis Breslau, durch den Amtsdiener aus Klettendorf mittels Wagen dem hiesigen Königl. Untersuchungs-Gefängnis eingeliefert, weil er unter dem Verdacht steht, seine Frau und sein Kind vergiftet zu haben.

\* Der Mord in der Fürstenstraße Nr. 11 wird an drei Tagen der nächsten Woche und zwar voraussichtlich am Donnerstag, Freitag und Samstag, das hiesige Schwurgericht beschäftigen.

\* Schlägerei. Am 19. d. Ms. Abends gerieten ein Schläger und ein Arbeiter nach einem in einer Festzugs vorangegangenen Streit auf der Straße aneinander, wobei dem Arbeiter von seinem Gegner mittels eines scharfen Instruments schwere Wunden am Kopfe beigebracht wurden. Dem Verletzten wurden auf der Feuerwache an der Friedrich-Wilhelmstraße Verbände angelegt.

\* Sachbeschädigung. Am 18. d. Ms. ging eine Schneiderin die Hubenstraße entlang, als aus dem Fenster einer Wohnung eine Kugel Heringssäge herausgeschossen wurde; hierdurch wurde das Kleid der Schneiderin beschädigt.

\* Aus dem Polizeigefängniß. Am 19. d. Ms. wurden am 19. d. M. 30 Personen eingeliefert. — Gefunden werden: Eine Uhr, ein Trauring, eine Brosche, zwei Coupons, ein Armband, eine Boa, eine Mütze, Jacquett und Weste, ein Schirm und Papiere für Pätzner, Schwarz, Nähner und Steiner. — Abhanden kamen: Eine Uhr mit Ketten, eine Zigarettasche, eine Brosche, ein Pinzette, 15 Mark und ein Portemonnaie mit 32 Mr.

## Neueste Nachrichten.

### Reichstags-Ersatzwahl.

Das Ergebnis der gestrigen Reichstags-Ersatzwahl im Wahlkreise Welle-Diepholz (Hannover) ist eine Stichwahl zwischen Bamboß (nati.) und von Bar (Welse). Das Ergebnis bedeutet eine Niederlage der Konservativen und der Bündler.

### Ausweisung italienischer Schriftsteller.

Wie der "Vorwärts" meldet, erhalten zwei italienische Schriftsteller, die sich seit etwa 3 bis 4 Jahren in Berlin aufgehalten haben, vom Polizei-Präsidium einen Ausweisungsbefehl. Dieser wurde damit begründet, daß sie sich an sozialdemokratischen Verschwörungen beteiligt hätten. Die Ausgewiesenen müssen nach 14 Tagen Preußen verlassen; sie erhalten hier Sprachunterricht und schreiben Korrespondenzen für italienische Zeitungen, u. a. auch für ein sozialistisches Blatt. Nach dem "Vorwärts" ist es völlig urichtig, wenn die Polizei annimmt, die italienischen Herren hätten sich an sozialdemokratischen Bestrebungen beteiligt.

Der heutigen Nummer liegt ein Prospekt des Breslauer Chocoladehauses bei. Die Verkaufsstellen dieser Firma befinden sich Albrechtsstraße 51 und Klosterstraße 39.

### Standesamtliche Nachrichten.

Heiraths-Ankündigungen. I. Buchbinder Ludw. Manasse, Sonnenstraße 21, und Hedwig Deitsch, Nolastraße 63. — Friseur Max Jäckle, Kirchstraße 5 und Helena Spiller, Berlinerstraße 40. — Fleischer Karl Kupke, Neugenoß 37, und Pauline Stenzel, Gosel. — Schmied Paul Stritzke, Hummern 17, und Wilhelmine Kotle, Gartenstraße 38. — Kutter Carl Scholz, Wallstraße 7, und Bertha Berg, Friedrich-Carlsstraße 31. — II. Heizer Richard Wilke, Brozow, Kr. Breslau, und Agnes Radostkiewicz, Göbenstraße 23, und Martha Haase, Blücherstraße 6. — Antireiter Anton Jäger, Scheinigerstraße 42, und Antonie Schenck, geb. Bock, ebenda. — Arbeiter Hermann Gehr, Nehlgasse 44, und Anastasia Gogla, ebenda. — Schmied Hugo Schefel, Schieferstraße 13, und Anna Uh, Schieferstraße 2. — IV. Gärtner Johann Barnowski, Brieg, und Maria Baier, Schillerstraße 12. — Haushälter Friedrich Osiig, Mauritiusplatz 3 und Anna Ludwig, Friedrichstraße 72.

Beschließungen. I. Arbeiter Richard Baier, Schieferstraße 26, mit Martha Kowalski, Weißgerbergasse 4. — Fleischer Moritz Schäffer, Christuskirche, mit Anna Universität, Berlinerstraße Nr. 41. — Schuhmacher Paul Dubiel, Weißgerbergasse 44, mit Auguste Schäffer, Lederstraße 45. — Schuhmacher Adolf Appelt, Neue Weltgasse 38, mit Martha Voos, Gabitzstraße 92b. — Bahnarbeiter Oswald Bohn, Berlinerstraße 43, mit Anna Golott, Hildebrandstraße 35. — Zimmermann August Telola, Dorfstraße 30a, mit Anna Müller, Weißbach. — II. Schlosser Paul Bittel, Klosterstraße 73, mit Pauline Hübler, Bahnstraße 1a. — Arbeiter Wilhelm Nöldner, Hubenstraße 95, mit Hedwig Pilz, Georgstraße 4. — Postier Josef Dutschka, Weidendamm 3, mit Wittje Marie Beinlich, geb. Schiller, Felsstraße 11a. — Kaufmann Karl Hoffmann Pauli, 12, mit Clara Weiß, Hubenstraße 90. — III. Schuhmacher Otto Reupert, Orlastraße 4, mit Anna Leyach, Simeonstraße 25. — Eisengießer Leopold Scholz, Oldingstraße 9, mit Martha Kusche, Oldingstraße 6. — Bildhauer Moritz Lau, Barthstraße 3, mit Meta Mittel, Adalbertstraße 47. — Schuhmachermeister Richard Müller, Scheinigerstraße 10, mit Louise Pels, geb. Hellrich, ebenda. — IV. Schlosser Arthur Voelkel, mit Emilie Wuttke. — Arbeiter Gustav Dichterschäfer, mit Louise Draber. — Schneider Hermann Blümel, mit Martha Büttner.

Geburten. I. Schneider Albert Stanislawski, S. — Fabrikarbeiter Hermann Fiedler, S. — Kutscher Gustav Klem, S. — Schmied Hugo Gähler, S. — IV. Schuhmacher Christian Herm, S. — Eisenbahnmaler Alfred Riedel, S. — Gepräster Leopold Klemberg, S. — Arbeiter Hermann Groß, S. — Schlosser Wilhelm Schäfer, S. — Bäckermeister Carl Rademacher, S. — Straßenbahnpfleger Karl Günther, S.

Todesfälle. II. Zimmermann Karl Barth, 53 J. — Edige Hedwig Seydel, 29 J. — III. Fleischer Fleischhauer Eduard Deitsch, 75 J. — Martha, L. des Fleischhakers Paul Windler, 3. Sib. — Richard, S. des Fleischhakers Paul Lenz, 3. Sib. — Näherin Martha Vollmann, 61 J. — Margarethe, L. des Bäckereiers Reinhold Lutzke, 2. J. — Fleischer Paul Roth, 20 J. — Curt, S. des Fleischhakers Josef Slobodetz, 4. M. — Arbeiter Ernst Helm, 46 J. — Fritz, S. des Buchbinders Adolf Spatz, 10 J. — Arbeiter Gottlieb Lüdke, 55 J.

**Der 1. Mai**  
ist der  
**Demonstrations-, Feier- und Ehrentag**  
**der Proletarier der ganzen Kulturwelt.**

Rüstet Euch zum Feste!

## Lokales und Provinziales.

Breslau, den 20. April 1899.

\* Den Kollegen in Schlesien und Posen sei mitgetheilt, daß die Fabrikanten in Hamburg und Kattowitz eine größere Maßregelung bezw. Aussperrung der former im Auge haben. Bei diesem Zwecke haben dieselben bereits eine größere Anzahl former aus Kattowitz und anderen oberösterreichischen Städten engagiert.

**Breslauer Stadtverordnetenversammlung.** Die Tagesordnung der gestrigen Sitzung versprach wenig, brachte aber doch einiges, das als interessant bezeichnet werden kann. Bei der Beratung einer Vorlage betr. die Renovation der städtischen Leihamtslokalitäten sprach der Herr Stadtverordnetenvorsteher sein Missfallen darüber aus, daß die

**Stadt-Theater.**

Freitag:  
„Kamphäuser“.  
Sonnabend:  
Gästspiel Carl Somer.  
„Amelia“  
oder:  
„Der Moskowball“.

**Lotte-Theater.**

Freitag:  
„Die Schmetterlingschlacht“.  
Sonnabend:  
„Franz von Lotte“.

**Thalia-Theater**

Sonntag:  
„Der Postillon von Limoux“.  
Vorverkauf Sonnabend von  
10 bis 3 Uhr bei Herrn Reinhold  
Ludwig, Ring 10/11.

**Bolts-Vorstellungen  
im Thalia-Theater.**

Freitag:  
Gruppe P. 6. Vorstellung.  
„Im Dienst“.

**Deutsches Theater.**

Freitag:  
Benefit für Hermann Meltzer-Barg.  
„Mit Vergnügen“.  
Sonnabend:  
„Mimo“.

**Elegantes  
Schuhwerk****für Damen**

Halbschuhe, weiches Leder	3.50
" grünes "	3.50
" braunes "	4.00
" Segeltuch "	2.50
Gamaschen mit Rand	5.00
Knopftiefein "	6.00
Schnürstiefein, R. Handarb.	7.00
" braun	6.50
R. Kalbleder-Zugstiefein	7.50
schartspitze Lask-Knopf-Stiefeln	11.00
braune Knopftiefein m. Rd.	8.00

**für Herren**

Halbschuhe	5.50
Segeltuchschuhe	3.00
braune Leder-Strandschuhe	6.00
Gamaschen, Rand	7.00
R. Schnürstiefein, Handarb.	8.50
empfiehlt	4.00

**Bruno  
Rosenthal  
BRESLAU,  
Schmiedebrücke 37.****Knaben-Anzüge**

taut. max. billige 15.00  
Blücherstr. 12, I.

10.00 Dicke bestickte  
Cigarren, Cigaretten  
und Tabake,

ja mit exquisiten  
Hamburger Caffee  
und Sowebong-Thee

ausgelebt in zu billigen Preisen  
oder preiswerten Beziehungen  
Oscar Betz, Adalbertstr. 2.

100

**Striegau.**

Grosse öffentliche Versammlung  
der Schlosser, Schmiede, Dreher, Formere, Stempner, sowie  
jämmerlicher in der Metallarbeiterbranche Beschäftigter  
Sonnabend, den 22. April 1899

im Saale der Brauerei zur Bierquelle (Graben), Abends 8 Uhr.

Tages-Ordnung:

1. Die gegenwärtige Lage der Metallarbeiter und Verbesserung d.selben. Präsentation vom Görlitzer Parteitag.
2. Diskussion: 3. Verschiedenes und Stellung zur Organisation.

An Andererseits der traurigen Lage der Metallarbeiter darf keiner 3. Parteiangelegenheit.

In dieser Versammlung schließen.

4905

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

**Rawitsch.**

Sonntag, den 23. d. Mts.

Nachmittags 3½ Uhr:

Gesetzliche

Partei-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Berichter-

Referent: College Korbiče, Breslau.

Referent: Genoss Giesemann-

Breslau. 2. Die Maister.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vertrauensmann.

**Der Einberufer.****Schuhwaaren**

dauerhaft u. eleg. für Herren, Damen u. Kinder  
zu billigsten Preisen.

Herrengamashen u. Damengamashen in allen  
Lederarten vorrätig.

4825

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vertrauensmann.

Montag, d. 24. d. Mts., Abends 8 Uhr:  
Mitglieder-Versammlung  
des Volksvereins.

Tages-Ordnung: 1. Bernstein's  
Voraussetzungen des Sozialismus.  
2. Communales. 3. Verschiedenes.

Schönes Erscheinen erwünscht!

Der Vorstand.

Achtung! Achtung!

Bunzlau!

Gesanglustige Genossen werden  
erwünscht. Mitglied des Gesangvereins  
Bunzlau zu werden, da einzelne  
Stimmen schwach heißen sind.  
Gesangskunst finden regelmäßig alle  
Dienstag Abends 8 Uhr in  
der Hoffnung, Schloßstraße statt.

Für die

sparsame Hausfrau!

Jeder Versuch bringt  
neue Kunden.

Woll-Gasse 2 Rd. 50, 50,  
90, 100, 120, 140, 160  
bis 180 fl.

Getreide-Gasse 2 Rd. 9 fl.

Fruch-Gasse 2 Rd. 11

Becker weiß. Farin 2 Rd. 23

Weizen-Mehl 1000... 12

Zucker, Blumen 13

Blumenseife 19

Brotbrot, gemüse 19

Beckes Schmalz 45

ff. Süße Marger. 57

Erbsen u. Bohnen  
gut rohend 9

Soda 3

Salmiakseife 16

Grüne Seife 13

Brennspiritus 2 Ritter 22

Petroleum 15

Benno Neumann

Breslau, Friedr. Wilhelmstr. 67.

Filiale I, Friedr. Wilhelmstr. 49.

Filiale II, Saldens Radegasse 1.

40 Waschtische,  
Spiegelschränchen  
und Spiegel

werden einzeln auf  
Abzahlung h. einer  
Anzahlung v. 5 Mk.

und wöchentlicher Ab-  
zahlung v. 1,50 Mk.  
an abgegeben

45428

S. Osswald,  
Schuhbrücke 74.

Achtung!

Der Leiter der „Sozialist“ er-  
laubt es mir nicht mehr anzugeben

Cigarrer

in jeder Preissäule zu öffnen und  
habe um genügend Raum

Paul Leimann, Ruhelstr. 7.

Zur Confirmation!

Bezugsquelle,  
preise amzahl

Mädchen-Schulmutter 2 Rd. 50,-

Reisekoffer 1,-

Damen-Zugstiefel 12,-

Glasmutter 12,-

Herrreiterviel 12,-

Glasmutter 12,-

</div